

# Gliederung

<b>I. Einleitung</b> .....	15
1. Der „unitarische Bundesstaat“ .....	15
2. Ziel der Arbeit .....	16
3. Fragestellung .....	18
4. Aufbau der Arbeit .....	20
5. Forschungsstand .....	22
5.1 Geschichtswissenschaft .....	22
5.2 Rechtswissenschaft .....	31
5.3 Politikwissenschaft .....	32
6. Quellenlage .....	34
7. Editorische Hinweise .....	37
<b>II. Vom rheinisch-europäischen Staatenbund zum westdeutschen Bundesstaat</b> .....	39
1. Frankreichs Deutschland- und Verfassungspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg .....	39
2. Der weltanschauliche Hintergrund Süsterhenns und Altmeiers .....	41
2.1 Süsterhenns und Altmeiers abendländisches Weltbild .....	41
2.2 Süsterhenns und Altmeiers Staatsverständnis .....	48
2.3 Die staatspolitischen Folgerungen aus dem abendländischen Weltbild .....	53
2.4 Süsterhenns und Altmeiers Demokratieverständnis .....	62
3. Der innerzonale Umsetzungsversuch der staatspolitischen Folgerungen .....	85
3.1 Die ursprüngliche Idealkonzeption von 1946: Der „Volksstaat Rheinland“ .....	85
3.2 Der innerparteiliche Konflikt um die Staatenbund-Frage im Frühjahr 1946 .....	87
3.3 Erste Rückschläge in der rheinland-pfälzischen Verfassungsdebatte .....	93
4. Der überzonale Umsetzungsversuch der staatspolitischen Forderungen .....	100
4.1 Erfolg und Niederlage im Verfassungsausschuss der CDU/CSU .....	100
4.2 Zwischen Staatenbund und Bundesstaat, Besatzung und Ost-West-Konflikt .....	103

4.3	Altmeiers und Süsterhenns Kampf gegen den Bundesstaat im Ellwanger Kreis .....	110
<b>5.</b>	<b>Altmeiers und Süsterhenns widerwilliger Weg in den Bundesstaat .....</b>	<b>116</b>
5.1	Von Frankfurt nach Herrenchiemsee .....	116
5.2	Der Parlamentarische Rat – Erfolg und Niederlage .....	132

### **III. Rheinland–Pfalz und die Stärkung des Bundesrates im bundesstaatlichen System .....**

<b>1.</b>	<b>Verfassungsänderungen, die zu einer Stärkung des Bundesrates führten ..</b>	<b>155</b>
1.1	Die Einfügung des Art. 120 a GG über den Lastenausgleich von 1952 ..	156
1.2	Die Einfügung des Art. 87 b GG über die Wehrverwaltung von 1956 ..	166
1.3	Die Einfügung des Art. 87 c GG über die Kernenergieverwaltung von 1959 ..	175
1.4	Die Einfügung des Art. 87 d GG über die Luftverkehrsverwaltung von 1961 .....	180
1.5	Die Änderung des Art. 75 von 1969 und die Einfügung des Art. 74 a GG über die Vereinheitlichung der Beamtenbesoldung von 1971 .....	188
<b>2.</b>	<b>Bundesgesetze, die zu einer Stärkung des Bundesrates führten .....</b>	<b>201</b>
2.1	Das Gesetz zur Durchführung des Art. 108 II GG von 1951/52 .....	202
2.2	Die Erste Verordnung zur Durchführung des Investitionshilfegesetzes für die gewerbliche Wirtschaft von 1952 .....	207
2.3	Das Preisgesetz von 1951/58 .....	211
2.4	Das Gesetz über das Kreditwesen von 1957/61 .....	212
2.5	Die Apostille-Verordnung von 1966/68 .....	217
<b>3.</b>	<b>Der rheinland–pfälzische Landtag und die Bundesratspolitik der Regierung Altmeier .....</b>	<b>221</b>
3.1	Die unklare Beteiligung des Landtags an Entscheidungen des Bundesrats ..	221
3.2	Der erste erfolglose Versuch des Landtags auf Einflussnahme .....	221
3.3	Der zweite erfolglose Versuch des Landtags auf Einflussnahme .....	223
3.4	Die länderweite Klärung eines Einflussrechts der Landtage auf die Bundesratspolitik .....	224
3.5	Der dritte erfolglose Versuch des Landtags auf Einflussnahme .....	225
3.6	Ausnahme: Die erfolgreiche Einflussnahme des Landtags auf die Bundesratspolitik .....	226
3.7	Der vierte und letzte erfolglose Versuch des Landtags auf Einflussnahme ..	226

<b>IV. Rheinland-Pfalz und die Bund-Länder-Kooperation</b>	229
<b>IV.1 Verwaltungsabkommen</b>	229
1. Theoretischer Rahmen	229
2. Altmeiers Zustimmung zur vertraglich stark beschränkten Landesautonomie	231
2.1 Das Verwaltungsabkommen über die Errichtung der Bereitschaftspolizeien	231
2.2 Das Abkommen über Verteidigungslasten	238
3. Altmeiers Zustimmung zur vertraglich minderschwer beschränkten Landesautonomie	241
3.1 Das Verwaltungsabkommen über das Polizei-Institut Hilstrup	241
3.2 Die Verwaltungsvereinbarung über die Wahrnehmung der Landesaufgaben an den Wasserstraßen in Rheinland-Pfalz	244
4. Rheinland-Pfalz und gescheiterte Bund-Länder-Abkommen	250
4.1 Das Abkommen über die Polizeischule für Technik und Verkehr	250
4.2 Das Verwaltungsabkommen über die Stiftung Preußischer Kulturbesitz	254
4.3 Das Verwaltungsabkommen über die Deutsche-Fernsehen-GmbH	263
<b>IV.2 Das Streben des Kabinetts Altmeier nach Subventionen des Bundes</b>	277
1. Theoretischer Rahmen	277
2. Der Beginn der Bundesförderung für Wirtschaft und Landwirtschaft in Rheinland-Pfalz	278
3. Länderwettbewerb um die Bundesgelder zwischen 1951 und 1954	285
4. Die verhinderte Diversifizierung der Förderprogramme in Rheinland-Pfalz	292
4.1 Das Regionale Förderprogramm des Bundes 1954–1969	292
4.2 Der Grüne Plan 1954–1965	313
<b>IV.3 Die Kabinette Altmeier zwischen Eigenstaatlichkeit und Finanznot</b>	325
1. Theoretischer Rahmen	325
2. Die Anfänge des bundesdeutschen Finanzausgleichs	326
2.1 Der Finanzausgleich von 1949	326
2.2 Die Etablierung eines dauerhaften Finanzausgleichs	335
3. Die Finanzreform von 1954/55	341
3.1 Die rheinland-pfälzische Landesregierung und die bundespolitische Ausgangslage	341

3.2	Einheitlichkeit als pragmatisches Ziel der rheinland-pfälzischen Landesregierung .....	346
3.3	Das Scheitern des Kabinetts Altmeier und dessen Protest gegen die Finanzreform .....	352
4.	Auf dem Weg zur Finanzverfassungsreform .....	355
4.1	Der Anstoß – asynchrone Bund-Länder-Einnahmen und Mischfinanzierung .....	356
4.2	Die MPK 1963 und das Troeger-Gutachten – föderaler Aufbruch? .....	358
4.3	Die Reaktion der rheinland-pfälzischen Landesregierung auf das Troeger-Gutachten .....	359
5.	Die Verhandlungen über die Finanzverfassungsreform zwischen 1967 und 1969 .....	363
5.1	Altmeiers Zustimmung zu Gemeinschaftsaufgaben .....	363
5.2	Im Streit ums Geld und den Föderalismus .....	365
5.3	Geld, Ohnmacht und Parteiräson – die Zustimmung zur Finanzverfassungsreform .....	370

<b>V.</b>	<b>Die judikative Unitarisierung: Rheinland-Pfalz und die Grundrechte .....</b>	<b>375</b>
1.	<b>Theoretischer Rahmen .....</b>	<b>375</b>
2.	<b>Die schulpolitische Ausgangslage .....</b>	<b>376</b>
2.1	Die Schulartikel der rheinland-pfälzischen Landesverfassung .....	376
2.2	Der „Fall Geimer“ .....	378
3.	<b>Das rheinland-pfälzische Grundrechtsverständnis vor Gericht – der „Fall Leni Fried“ .....</b>	<b>380</b>
3.1	Die Klage Frieds gegen die Landesregierung .....	380
3.2	Die Reaktion der Landesregierung .....	381
3.3	Die Entscheidung des rheinland-pfälzischen Oberverwaltungsgerichts .....	384
3.4	Die Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts .....	387

<b>VI. Die Selbstkoordination der Länder am Beispiel der Ministerpräsidentenkonferenz (MPK) und der Kultusministerkonferenz (KMK)</b> .....	389
<b>1. Theoretischer Rahmen</b> .....	389
<b>2. Das Düsseldorfer Abkommen</b> .....	390
2.1 Der Impuls für ein länderübergreifendes Schulabkommen .....	390
2.2 Die Reaktionen der Landesregierung und die Verhandlungen der KMK ..	394
2.3 Die Düsseldorfer Ministerpräsidentenkonferenz 1955 .....	403
2.4 Die problematische Umsetzung des Abkommens .....	409
2.5 Föderaler Erfolg an der Realität vorbei .....	415
<b>3. Das Hamburger Abkommen</b> .....	418
3.1 Die Debatte der KMK um die Revision des Düsseldorfer Abkommens ..	418
3.2 Die Hamburger Ministerpräsidentenkonferenz 1964 .....	422
3.3 Die langwierige Umsetzung des Hamburger Abkommens .....	425
 <b>VII. Resümee</b> .....	 437
 <b>Anhang</b> .....	 455
<b>Biographische Überblicke</b> .....	455
<b>Abkürzungsverzeichnis</b> .....	479
<b>Literaturverzeichnis</b> .....	483
1. Quellen .....	483
2. Literatur .....	490
<b>Zusammenfassung</b> .....	516